

## Medienmitteilung

9 / 2017

<b>Thema</b>	<b>Start Anhörung Sanierungsmassnahmen 2018</b>
Rückfragen	Sander Mallien (KAPF), Tel. 079 403 41 00, sander.mallien@grossrat.ag.ch
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: <a href="mailto:ag@grunliberale.ch">ag@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.ag.grunliberale.ch">www.ag.grunliberale.ch</a>
Datum	25.08.2017

**Der Spielraum ist sehr, sehr, sehr eng!**

**"Schrötig aber nötig" scheint den Grünliberalen die vorgeschlagene Lohnerhöhung 2018 für das Staatspersonal; denn diese ist seit langem versprochen.**

**Ob nach erfolgtem Steuerfussabtausch für 2019 eine allgemeine Steuererhöhung wirklich nötig ist oder ob zuerst eine verbesserte Steueraussschöpfung gemäss den bereits bestehenden Regelungen durchgesetzt werden muss wird die glp kritisch prüfen. Sie hat dazu verschiedene Vorstösse eingereicht.**

**Die Nachtragskredite 2017 werden die Grünliberalen (zähneknirschend betreffend Spitalbereich) akzeptieren müssen. Auch die Sanierungsmassnahmen mit Gesetzesänderungen werden wir mittragen.**

Da die Standardkosten (pro Einwohner) auch nach zwei Sparrunden immer noch höher sind als die Finanzkraft (pro Kopf der Bevölkerung) werden wir um weitere Sanierungsmassnahmen nicht herumkommen; sowohl auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite.

Der Dialogprozess des Regierungsrates wird unterstützt, die GLP wird sich weiterhin konstruktiv einbringen.

Botschaft Sanierungsmassnahmen mit Gesetzesänderungen:

Die glp begrüsst mangels Alternativen die vorgeschlagene Anpassung der Massnahme S18-410-1 (Befristete Aussetzung Schuldentilgung der Sonderlasten) respektive die entsprechende Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Sonderlasten (G Sonderlasten).

Auch der Massnahme S18-425-1 (Einführung von kostendeckenden Gebühren im Mahnwesen) wird die glp zustimmen können.

Sanierungsmassnahmen 2018:

Die vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen 2018 können die Grünliberalen – nolens volens – grossmehrheitlich unterstützen. **Nicht einverstanden sind wir mit einigen der vorgeschlagenen Reduktionen, vor allem was den Umwelt- und Sozialbereich betrifft.** Sparen durch Verzicht auf den volkswirtschaftlich und klimapolitisch wichtigen Bereich des Förderprogramms Energie wird abgelehnt. Ebenso wie heikle Massnahmen im Bildungsbereich, so sind die Massnahmen insbesondere bei der Revision des Stipendiengesetzes so anzusetzen, dass die längerfristigen Folgekosten nicht höher sind als kurzfristiges Entlastungspotential. Weiter erhellt sich uns nicht, wieso die Regierung im Bildungsbereich weitere Kürzungen bei den Realien vornehmen will und gleichzeitig Industrie 4.0 bzw. Hightech Aargau zum Förderziel erklärt.

AFP 2018-2021:

Der vorgeschlagenen Lohnerhöhung um 1% auf das Jahr 2018 hin stehen die Grünliberalen verhalten positiv gegenüber, trotz der beachtlichen, strukturellen Lücke zwischen Standardkosten (pro Einwohner) und Finanzkraft (pro Einwohner). Die

GLP hat bei der Beratung des AFP im letzten Jahr beantragt, dass anstelle jeweils 1% zu versprechen und dann doch keine Lohnerhöhung zu gewähren, eine Verstetigung von 0.5% vorzusehen und dieses dann auch umzusetzen.

Ob eine Steuererhöhung auf das Jahr 2019 hin (trotz Mehreinnahmen dank Steuerfussabtausch mit den Gemeinden) angebracht bzw. vertretbar bevor alle, heute bereits bestehenden und gesetzlich geregelten Einnahmequellen ausgeschöpft sind (*im Kanton Aargau liegt die Steuerausschöpfungsquote bei 22 Prozent und damit unterhalb des Durchschnitts der Kantone*), wagen wir zunächst zu bezweifeln und werden wir einer kritischen Prüfung unterziehen.

Die GLP wartet gespannt auf die Beantwortung verschiedener grünliberaler Vorstösse, welche bei Umsetzung sowohl Minderausgaben wie auch Mehreinnahmen zur Folge haben können (17.158, 17.158, 17.64, 17.65, 17.170).

Das wichtige Entwicklungsfeld der Digitalisierung bietet Chancen, welche der Kanton nutzen muss. Die GLP ist daran, dazu verschiedene Vorstösse zu erarbeiten, um für die Zukunft gerüstet zu sein.